

# Best of.. Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz schützt die  
Verfassung so wie Zitronenfalter  
Zitronen falten



Anne Roth / 29c3

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmass der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmass der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Artikel 15 Grundgesetz

# Grundlage

Bundesverfassungsschutzgesetz,  
27.9.50

„Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.“ (§ 1 (1))

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden  
des Bundes und der Länder ist die  
Sammlung und Auswertung von  
Informationen, insbesondere von sach-  
und personenbezogenen Auskünften,  
Nachrichten und Unterlagen (...) (§ 3  
(1))

# Wie arbeitet der VS?

„Einen erheblichen Teil ihrer Informationen gewinnen die Verfassungsschutzbehörden aus allgemein zugänglichen Quellen. Sofern dies nicht möglich oder nicht effektiv ist, dürfen sie sich im Rahmen gesetzlich festgelegter Befugnisse und unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auch sogenannter nachrichtendienstlicher Mittel zur Informationsbeschaffung bedienen. Hierzu gehören insbesondere der Einsatz von Vertrauensleuten, die Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses....“

(Verfassungsschutzbericht 2011)

# Aufgaben des VS

Die Sammlung und Auswertung von Informationen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des BVerfSchG für eine fremde Macht,

# Aufgaben des VS

- Bestrebungen im Geltungsbereich des BVerfSchG, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des BVerfSchG, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.



# Kontrolle des VS

Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes (Kontrollgremiumgesetz – PKGrG),  
11.4.1978

Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz), 13.8.1968

→ „Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.“  
(Art. 10 GG)

# Kontrolle des VS

Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) kontrolliert die Bundesregierung hinsichtlich der Tätigkeit der Nachrichtendienste des Bundes.

(BFV, BND, MAD)

Die Bundesregierung ist verpflichtet, das PKGr umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Nachrichtendienste und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten

*([www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))*

# Kontrolle des VS

„Besondere Befugnisse hat das PKGr bei der Kontrolle von Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 GG) durch die Nachrichtendienste. Es bestellt die Mitglieder der sogenannten G 10-Kommission, die jeder einzelnen Beschränkungsmaßnahme zustimmen muss. (...) Das Gremium erstattet dann jährlich dem Bundestag einen Bericht.“

# Kontrolle des VS

„Erstmals gesetzlich geregelt wurde die Tätigkeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums 1978“

([www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))

# Bericht des PKGr

## Sept 09 – Okt 11

Im Berichtszeitraum ließ sich das Gremium auch wieder über Entwicklungen im Bereich des Rechts- und Linksextremismus und über die Aktivitäten einzelner Organisationen und Gruppierungen unterrichten. Gegenstände waren neue Entwicklungen in der NPD und DVU sowie der Neonaziszene.

Der Bereich des Ausländerextremismus war – wie in der Vergangenheit – ebenfalls Gegenstand der Beratungen. So gefährden extremistische und terroristische Ausländergruppierungen – teilweise mit radikal-islamistischem Hintergrund – die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

(„Politischer Extremismus in Deutschland“)

# Mitglieder des PKGr

## **CDU:**

Clemens Binninger, Michael Grosse-Brömer, Manfred Grund, Dr. Hans-Peter Uhl

## **SPD:**

Michael Hartmann, Fritz Rudolf Körper, Thomas Oppermann

## **FDP:**

Gisela Piltz, Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

## **Die Linke:**

N.N.

## **Bündnis 90/Die Grünen:**

Hans-Christian Ströbele

# G 10-Kommission

Die G 10-Kommission entscheidet (...) über die Notwendigkeit und Zulässigkeit sämtlicher durch die Nachrichtendienste des Bundes (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst) durchgeführten Beschränkungsmaßnahmen im Bereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 des Grundgesetzes (GG).

*([www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))*

# Mitglieder der G 10- Kommission

## **Mitglieder:**

Erwin Marschewski

Dr. Hans de With

Rainer Funke

Ulrich Maurer (DIE LINKE.)

## **Stellvertreter:**

Rudolf Kraus

Volker Neumann

Hartfrid Wolff (FDP)

Dr. Bertold Huber



# G 10-Kommission

Im Gefahrenbereich „Internationaler Terrorismus“ (§ 5 Absatz 1 Satz 1 und 3 Nummer 2 G 10) waren 2010 im ersten Halbjahr 1 944 und im zweiten Halbjahr 1 808 Suchbegriffe angeordnet worden. Anhand dieser Suchbegriffe qualifizierten sich im Berichtszeitraum insgesamt 10 213 329 Telekommunikationsverkehre, davon waren 10 208 525 aus dem Bereich der E-Mail-Erfassung. Im Vorberichtszeitraum 2009 war die Gesamtzahl der erfassten Verkehre deutlich geringer und belief sich insgesamt auf 1 807 580. Zu berücksichtigen ist hierbei der sehr hohe Spam-Anteil, der zum Anstieg der Zahlen beitrug. Allgemeinen Schätzungen zufolge liegt der Spam-Anteil im internationalen E-Mail-Aufkommen bei etwa 90 Prozent. Die zur Selektion unerlässliche Verwendung von in-

*Bericht des PKGr über G10-Maßnahmen im Jahr 2010*

G 10-Kommission



Huch!

# G 10-Kommission

„Laut einem Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) haben die Geheimdienste Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst (MAD) im Jahr 2010 die Inhalte von Millionen E-Mails durchsucht und dabei in über 37 Millionen elektronischen Nachrichten verdächtige Suchbegriffe gefunden.“

*(golem.de, 27.2.12)*

# G 10-Kommission

„Trotz der Überwachung habe es nur in 213 Fällen tatsächlich verwertbare Hinweise für die Geheimdienste gegeben.“

*(Zeit Online, 25.2.12)*

## Keine Sorge - wir werden streng kontrolliert

### Kontrolliert wie kaum eine andere Behörde



Damit der Bürger darauf vertrauen kann, dass der Verfassungsschutz sich an seinen Auftrag hält, wird er auf mehreren Ebenen kontrolliert:

- durch den parlamentarisch verantwortlichen Innenminister,
- durch die Parlamente des Bundes und der Länder,
- durch den Bundes- bzw. die Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Diese Kontrollen werden ergänzt durch die Möglichkeit gerichtlicher Nachprüfung, die betroffene Bürger verlangen können. Und in einer freien Gesellschaft selbstverständlich: die kritische Kontrolle durch die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Alles in allem kann man sagen, dass der Verfassungsschutz eine der bestkontrollierten Institutionen unseres Staates ist. Er tut nicht, was er will, sondern nur was er in unser aller Interesse muss und darf. Der Verfassungsschutz beschränkt nicht die Freiheit der Bürger. Er schützt sie. Deshalb sind seine Arbeitsergebnisse auch offen nachzulesen: in dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht und in zahlreichen Publikationen der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

# Geschichte

- „Amt für Verfassungsschutz“ der US Army, sammelt Informationen über neugegründete KPD
- 27.9.50  
Bundesverfassungsschutzgesetz
- 7.11.50  
Gründung des Bundesamtes für Verfassungsschutz

# Geschichte des VS

1. Pursuant to your verbal request, this date, the following brief is prepared in clarification of the "phony" Amt fuer Verfassungsschutz (actually operatives directed by the Special Detachment - DAD), which has been interfering with Region I sources in an effort to obtain information on the KPD, and the alleged revival of the German Abwehr or German Army intelligence, possibly under the aegis of a US military intelligence agency.

2. The first matter, that of the Special Detachment, was brought to Colonel BRASKIN's attention in July after reports had been received from Region I to the effect that representatives of a so-called Amt fuer Verfassungsschutz were attempting to recruit Region I sources to report on the W/B KPD.

US-Army-Bericht von 1950 über den von den USA betriebenen Nachrichtendienst „Amt für Verfassungsschutz“

# Geschichte

„So wiesen mehrere Präsidenten und Vizepräsidenten des Amtes

- Schrübbers (Präsident von 1955 bis 1972)
- Nollau (Vizepräsident von 1967 bis 1970, Präsident 1972 bis 1975),
- Brückner (Vizepräsident 1964 bis 1967)
- „und möglicherweise auch Radke“ (Vizepräsident 1951 bis 1964) –

„NS-Bezüge“ auf, wie es in einem internen Papier heißt.“

(„Braune Kellergeister“, FAZ 19.3.09)



# Die Präsidenten

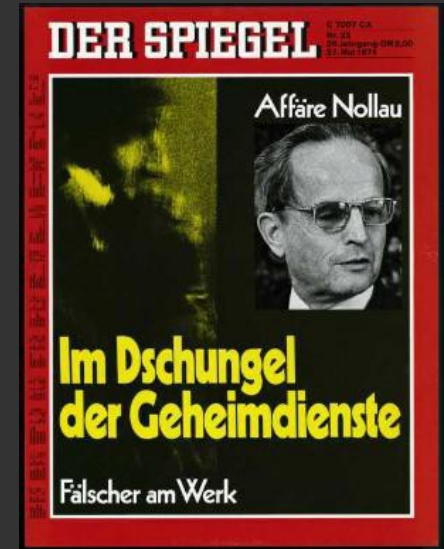
- 50–54 Otto John  
„verschwindet“ in der DDR: 4  
Jahre Haft

# 1972

- Hubert Schrübbers, Präsident des VS  
1955–1972
- 1938–41 Staatsanwalt, beteiligt an Verfahren  
gegen Kommunisten und Juden  
*"Ich kann nichts Unsittliches in diesem  
Tatbestand als solchem finden."* (Spiegel '72)
- Mitglied des SA-Sturms Münster
- 1950 Bundesanwalt am Bundesgerichtshof
- 1953 Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht  
Düsseldorf
- 1972 Bekanntwerden der Nazi-Vergangenheit &  
regulärer Ruhestand

# Die Präsidenten

72–75 Günther Nollau



- NSDAP-Mitglied, nach 45 CDU
- Wegen eines ungeklärten Mordes 1950 aus der DDR geflüchtet
- Verwicklung in Guillaume-Affaire und Versetzung in den Ruhestand

# Die Präsidenten

75-83 Richard Meier

- In den Ruhestand versetzt nachdem er fahrlässig einen Autounfall verursachte

# Die Präsidenten

83-85 Heribert Hellenbroich

- Wegen Tiedge-Affaire in den Ruhestand versetzt

# Die Präsidenten

85 – 87 Ludwig-Holger Pfahls

- 87 – 92 Staatssekretär im Verteidigungsministerium
- 99 Haftbefehl, Flucht
- 05 Urteil zu 2,3 J. Haft wegen Vorteilsannahme und Steuerhinterziehung
- 11 Urteil zu 4,5 J. Haft wegen betrügerischen Bankrotts und Betrugs

# Die Präsidenten

91 – 95 Eckehart Werthebach

- Rücktritt nach Verdacht auf Geheimnisverrat (soll vertrauliche Unterlagen über Thilo Weichert an brandenburgische FDP-Landtagsabgeordnete weitergeleitet haben)
- 95 – 98 Innenstaatssekretär
- 98 – 01 Berliner Innensenator

# Beispiele

## Die Bombe auf das jüdische Gemeindehaus in Westberlin 1969

- S-Bahn-Peter: V-Mann und Agent Provocateur des Berliner Verfassungsschutzes in der linken Szene (RAF, Kommune 1, 68er-Demo gegen Springer)
- lieferte Molotow-Cocktails, mindestens eine Schusswaffe sowie Spreng- und Brandbomben
- 9.Nov. 69 versuchtes Attentat auf das jüdische Gemeindehaus. Wäre die Bombe explodiert, hätten 250 Teilnehmer der Gedenkveranstaltung sterben können



„Es gab diesen agent provocateur, Peter Urbach, der schon in der Kommune I wirkte. Die Polizeiführung, in Sonderheit der Berliner Innensenator Neubauer, hatte ein Interesse daran, objektive Beweise für die Gewalttätigkeit der Studenten zu finden, was lange nicht gelingen wollte. Die Studenten hatten keine Waffen, sie waren pazifistisch, bis Urbach ihnen die Molotow-Cocktails in die Hand drückte. Urbach lieferte Mahler, der als Anwalt vergeblich einen Waffenschein beantragt hatte, auch eine Knarre. So kriminalisiert man seinen Gegner, so baut man ihn auf. In der Berliner Polizei befanden sich, wiederum Forschungsergebnis [von Tilman] Fichter, reichlich Wehrmachtsangehörige, die an der Ostfront in der Partisanenbekämpfung eingesetzt waren. Die gingen nun auf die Studenten los.“

(Interview mit Willi Winkler, SZ, in der Netzeitung, 10. Februar 2006)

# 1972 Radikalenerlass

- „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ (Beschluss der Innenministerkonferenz 28.1.72)
- Überprüfung auf Verfassungstreue der Einstellungen im Öffentlichen Dienst: Regelanfrage beim Verfassungsschutz
- 1,4 Mio. Personen überprüft
- 1.100 wurden nicht eingestellt oder entlassen
- 11.000 Verfahren eingeleitet

# 1972 Radikalenerlass

- LehrerInnen: 2.200 Verfahren, 136 Entlassungen
- 1991 Ende der Regelanfrage
- 1995: Eur. Menschenrechtsgerichtshof stellt Verstoß gegen Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit fest

Ihr Beamtinnenverhältnis

Sehr geehrter Herr Lipps!

Anlässlich Ihrer Ernennung zum Studienrat und Berufung in das Beamtinnenverhältnis auf Lebenszeit weist Sie das Oberschulamt Karlsruhe darauf hin, daß Sie auch als Beamtin auf Lebenszeit aus dem Dienst entfernt werden können, falls Sie für eine verfassungsfeindliche Partei kandidieren oder Ämter einer solchen Partei übernehmen oder in der Schule Ihrer politischen Zurückhaltungs- und Häufigungspflicht nicht nachkommen sollten.

Hochachtungsvoll

1972 Radikalenerlass



# 1972 – 91 Ulrich Schmücker

- Mitglied der Bewegung 2. Juni
- 1972 mit Sprengstoff festgenommen, zu 30 Monaten Haft verurteilt
- Nach 9 Monaten frei, dann V-Mann, bald enttarnt
- Trotz Bedrohung VS-Observation abgebrochen
- Im Juni '74 wurde Ulrich Schmücker erschossen
- 1976 – 1991: Vier Prozesse
- 1991: Die verschwundene Tatwaffe wird in einem Tresor des Verfassungsschutzes gefunden
- Verfahren eingestellt. Faires Verfahren ist nicht möglich: VS hat das Verfahren vielfach manipuliert und die Aufklärung behindert
- Wer geschossen hat, ist bis heute unklar

# 1975/76 Traube-Affaire

- Klaus Traube war Anfang der 70er Jahre Atommanager
- Kontakte zur Studentenbewegung führen zur Überwachung durch den BND
- '72 Eintritt in die SPD
- '75/'76 Lauschangriff des Verfassungsschutzes, Grund: angebliche Nähe zur RAF
- '78 Innenminister Maihofer tritt zurück
- 2009 Bundesverdienstkreuz

1978 Celler Loch



# 1978 Celler Loch

- 25.7.78 „Aktion Feuerzauber“: GSG 9 sprengt für den VS ein 40 cm großes Loch in die Außenmauer der JVA Celle
- Täuschte Anschlag zur Befreiung eines RAF-Gefangenen vor, um V-Mann einzuschleusen
- 1986: Medien decken die VS-Beteiligung auf



# 1978 Celler Loch

- 25.7.78 „Aktion Feuerzauber“: GSG 9 sprengt für den VS ein 40 cm großes Loch in die Außenmauer der JVA Celle
- Täuschte Anschlag zur Befreiung eines RAF-Gefangenen vor, um V-Mann einzuschleusen
- 1986: Medien decken die VS-Beteiligung auf

# 1998 V-Mann 123

„Um die Überwachung Wetzels zu rechtfertigen, stützen sich die Ermittler im wesentlichen auf ein Gespräch, das er am 27.2.1998 mit dem ›V-Mann 123‹ geführt haben soll.

Folgt man dem Verfassungsschutz, beichtete Wetzl darin nicht nur psychische und arbeitsrechtliche Probleme, verriet Anschlagpläne und -ziele, plauderte gar über mögliche Mitstreiter. Auch soll er – angeblicher Mitgründer einer angeblich hoch konspirativen Bande – dem nicht zur Gruppe gehörenden Mann anvertraut haben, sein ›Traumberuf‹ sei ›Berufsrevolutionär‹.“

(„Traumberuf Terrorist“, Frankfurter Rundschau, 9.7.2009)

# 1998 V-Mann 123

- Dezember 2006: Mitteilung über Überwachung von Post und Telefonanschluss 1998
- Vorwurf: terroristische Vereinigung
- Für G10-Maßnahme muß ein „tatsächlicher Anhaltspunkt“ vorliegen
- V-Mann 123 ist erfunden
- „Die vom BMI dem Kläger gegenüber angeordneten Überwachungsmaßnahmen waren rechtswidrig“ Verwaltungsgericht Berlin 2009

# Überwachung von Rolf Gössner 1970 – 2008

- Beobachtung von Rolf Gössner durch den Verfassungsschutz
- 1970 Kandidatur auf der Liste des Sozialistischen Hochschulbundes (Ausstieg 2 Monate später)
- 1996 Auskunftersuchen macht Überwachung bekannt.



# Überwachung von Rolf Gössner 1970 – 2008

- Grund: Kontakte zu „linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflussten“ Organisationen und Medien  
2000 Seiten Akten (85% geschwärzt)
- Februar 2011: Verwaltungsgericht Köln erklärt Überwachung für rechtswidrig

*„Auch dass Gössner einmal ausgeführt habe, die DDR-Bevölkerung habe im Zuge der Wiedervereinigung "mehrheitlich Kohl und Bananen gewählt", bemerkten die Richter erkennbar pikiert, könne "nicht ernsthaft als Geringschätzung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bewertet werden".“  
(Spiegel Online, Feb 2011)*

# 2003 Berliner Sozialforum

- Sozialforum = Bündnis mehrerer Gruppen
- 1. Aktivität: Hartz IV-Kampagne
- 2006: Presse berichtet über VS-Überwachung
- 5 V-Leute im Berliner Sozialforum
- Betroffen: Prof. Peter Grottian, DGB-Vorstandsmitglied Annelie Bunttenbach, GEW-Chef Ulrich Thöne u.v.a.
- Vorwand: Überwachung der 'extremen Gruppen'
- Akteneinsicht verweigert, nach Klage 80 Seite für Prof. Grottian, 5 Ordner für die Mitglieder des Senatsausschusses für Verfassungsschutz

# 2005 – 2008 VS-Berichte rechtswidrig

- Dez 2009: Studie Universität Freiburg
- „..alle in den letzten vier Jahren publizierten Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern verfassungswidrig“ (außer Berlin & Brandenburg)
- „Wenn eine Organisation, über die berichtet werden soll, nicht nachweislich verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt, sondern nur ein (...) Verdacht vorliegt (...), dann darf über diese Organisation nur berichtet werden, wenn der Verfassungsschutzbericht unmissverständlich deutlich macht, dass hier nur ein Verdachtsfall vorliegt.“

Mai 1990: Offener Brief von  
Bürgerrechtsorganisationen beider deutscher  
Staaten an die Fraktionen des Deutschen  
Bundestages

„Nach den Plänen der Regierungsfractionen des  
Deutschen Bundestages soll am Donnerstag dieser Woche  
in zweiter und dritter Lesung eine Novelle zum  
Bundes-„Verfassungsschutz“-Gesetz verabschiedet  
werden. Wir, bürgerrechtlich aktive Organisationen aus  
beiden Teilen Deutschlands, halten es für  
unerträglich, dass im Windschatten des  
Vereinigungsprozesses einer Behörde neue Befugnisse  
und Legitimität gegeben werden soll, die - wie der  
Staatssicherheitsdienst der DDR Produkt des Kalten  
Krieges und der deutsch-deutschen Konfrontation ist.  
Es gilt, dem Beispiel der DDR zu folgen. Die Ämter für  
„Verfassungsschutz“ sind - wie die Stasi ersatzlos  
aufzulösen.“



## **Aus der Deutschen Demokratischen Republik**

Demokratie Jetzt; Grüne Partei; Initiative für  
Frieden und Menschenrechte; Neues Forum;  
Unabhängiger Frauenverband; Vereinigte Linke.

## **Aus der Bundesrepublik**

Deutsche Vereinigung für Datenschutz;  
Humanistische Union; Internationale Liga für  
Menschenrechte Berlin (West); Komitee für  
Grundrechte und Demokratie; Republikanischer  
Anwältinnen- und Anwälte-Verein

# VS in die Bildung

„Für die Grundschule gibt es künftig eine vom Verfassungsschutz entwickelte Grundrechtefibel, „um frühzeitig einen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten“.

Für die Klasse 7 folgen dann die „Andi-Comics“ zu den Themen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus. Das Ziel hier: „Wir wollen damit den wachsenden Anstrengungen von Extremisten entgegenwirken, Jugendliche zu indoktrinieren.“

Und in der 10. Klasse wird ein Planspiel „Demokratie und Extremismus“ angeboten. Da geht es dann um einen von Rechtsextremisten angemeldeten Trauermarsch oder die Ankündigung von Islamisten, eine Moschee errichten zu wollen.“

(Hamburger Abendblatt, 14.9.10)



"Was hat es denn zu bedeuten, wenn Linksextremisten sich als "Antifaschisten" bezeichnen?"

Linksextremisten verstehen sich nicht einfach als Gegenpol zu den Rechtsextremisten. Mit dem Begriff "Antifaschismus" verfolgen sie weitergehende Ziele. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Bekämpfung des Staates und des Kapitalismus, in dem sie die eigentliche Ursache oder Wurzel des Faschismus sehen."

(Andi Nr. 3)

# Nach dem NSU

„Der Chef des Bundeskriminalamts, Jörg Ziercke, will die Öffentlichkeit künftig mehr über die Ermittlungsergebnisse im Fall der Zwickauer Terrorzelle informieren. Nur so würden die Bürger den staatlichen Sicherheitsbehörden auch wieder Vertrauen und Achtung entgegen bringen, sagte Ziercke am Donnerstagabend in Konstanz. Die Offenheit sei natürlich nur in dem Maße möglich, dass laufende Ermittlungen nicht behindert würden.“

(dapd, Januar 2012)

# Nach dem NSU

„Unser Land kann auf einen modernisierten und effektiven Verfassungsschutz als einen wesentlichen Eckpfeiler im System der deutschen Sicherheitsarchitektur auch in Zukunft nicht verzichten.“

Hans-Peter Friedrich, Bundesminister des Innern, Vorwort Verfassungsschutzbericht 2011

# Nach dem NSU

## **28.6.12 Jahressteuergesetz**

*„Es gibt keinerlei Legitimation dafür, dass ein Inlandsgeheimdienst über die Grenzen der demokratischen Zivilgesellschaft bestimmen und einzelne zivilgesellschaftliche Organisationen ohne feste Kriterien und ohne Anhörung der Betroffenen oder Verfahren existenziell gefährden kann.“*

Offener Brief an den Bundestag von Attac, BUND, Compact, Foebud, Greenpeace, Grundrechtekomitee, Pro Asyl, Robin Wood u.a.

# Nach dem NSU

## Rücktritts-Domino

- 2.7. BFV-Chef Fromm "bittet um Entlassung"
- 3.7. Thüringer VS-Präsident Thomas Sippel wird in den Ruhestand versetzt
- 11.7. Sachsens VS-Präsident Reinhard Boos bittet um Versetzung
- 27.9. VS-Chef von Sachsen-Anhalt, Volker Limburg, bittet um Versetzung in den Ruhestand
- 14.11. Berliner VS-Chefin Claudia Schmid bittet um Versetzung

„Der ungeheuerliche Skandal um die Thüringer Neonazis macht deutlich, dass der Inlandsgeheimdienst entweder überflüssig ist – oder gefährlich.“

Heribert Prantl, Süddeutsche, 7.1.12



# Nach dem NSU

Innenministerkonferenz Anfang Dez 2012

- August: „Zusammenarbeitsrichtlinie“ für die zukünftige Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern beschlossen
- Auswertung: Der Verfassungsschutz ist eine Institution des demokratischen Rechtsstaates und maßgebliche Bewertungsinstanz für Extremismus
- Prävention und Aufklärung der Öffentlichkeit müssen im Aufgabenprofil ein noch stärkeres Gewicht bekommen

„Noch immer glauben viele Menschen an das Märchen vom „Verfassungsschutz“ (VS), der Verfassung und Demokratie schütze. Doch dieses angebliche Schutzorgan trägt einen euphemistischen Tarnnamen, hinter dem sich ein gemeiner Geheimdienst versteckt – mit klandestinen Strukturen, Mitteln und Methoden und der Lizenz zu Gesinnungsschnüffelei, Infiltration und Desinformation. Ein antikommunistisch geprägter, skandalgeneigter Inlandsgeheimdienst, der seine eigene altnazistische Vergangenheit bis heute nicht aufgearbeitet hat, der im Kampf gegen Nazismus versagt, der Verfassung und Demokratie gefährdet und öffentlich nicht kontrollierbar ist.“

(Rolf Gössner, Frankfurter Rundschau, 4.9.12)

*Das schier unglaubliche Versagen des  
Verfassungsschutzes bei der Überwachung und Verfolgung  
von Rechtsextremismus und -terrorismus ließe sich  
leicht mit Inkompetenz der Beamten erklären. (...)*

*.. wäre es nicht ein viel größerer Skandal, wenn der  
Geheimdienst gar nicht so inkompetent gewesen wäre?*

*(Andreas Förster, Berliner Zeitung, 27.12.12)*



Generator für Auskunftersuchen  
<https://www.datenschmutz.de/cgi-bin/auskunft>

Anne Roth  
annalist.noblogs.org - @annalist